

Antragsbereich S / **Antrag S6**

AntragstellerInnen: SPD Frauen Bayern

Empfehlung der Antragskommission: Annahme

Empfänger: Kl. Landesparteitag

S6: Initiative für gestaffelten Mutterschutz unterstützen und Aufklärungskampagne zum Thema Frauengesundheit mit dem Schwerpunkt Fehlgeburten

Wir fordern die Mitglieder der Bundestagsfraktion auf, die Initiative für einen gestaffelten Mutterschutz zu unterstützen und dazu einen Gesetzesentwurf zu entwickeln sowie sich für eine umfassende Aufklärungskampagne zum Thema Frauengesundheit (mit dem Schwerpunkt Fehlgeburten, aber auch Themen wie Endometriose, HPV, unerfüllter Kinderwunsch, traumatische Geburten, etc.) einzusetzen, um das Allgemeinwissen und die Aufklärung in den frauengesundheitlichen Bereichen zu verbessern.

Keine Frau sollte am Tag nach einer Fehlgeburt wieder arbeiten gehen müssen. Ein gestaffelter Mutterschutz muss gesetzlich geregelt werden.

Eine frauengesundheitliche Aufklärungskampagne ist begleitend analog, digital und in Schulen notwendig.

20

Begründung

Jede dritte Frau erlebt eine Fehlgeburt. Bisher haben die betroffenen aber kein grundsätzliches Recht auf Mutterschutz. Die Schutzrechte gelten erst ab

25 der 24. Schwangerschaftswoche. Das ist die letzte
Woche des 6. Schwangerschaftsmonats. Wenn eine
Schwangere vorher ihr Kind verliert kann sie nur auf
eine Krankschreibung¹

30 hoffen, hat aber kein Recht darauf. Und nicht jede*r
Ärztin*Arzt stellt diese aus.

Fehlgeburten, Endometriose, HPV, unerfüllter Kinder-
wunsch, traumatische Geburten, etc.: Viele Themen
35 rund um Frauengesundheit sind auch heute noch
Tabuthemen, zu denen es in der Gesellschaft wenig
Allgemeinwissen gibt. Diese durch die Tabuisierung
hervorgerufene Wissenslücke führt häufig dazu, dass
Mädchen und Frauen, wenn sie betroffen sind, kaum
40 Vorwissen zu ihrer Situation haben. Erleiden sie bei-
spielsweise eine Fehlgeburt, wissen sie meist nicht,
wie häufig Fehlgeburten sind (und denken deswegen
sie hätten etwas falsch gemacht), haben kein Wissen
zu ihren medizinischen Möglichkeiten (operative
45 Ausschabung versus abwartendes Management) und
ihren Rechten (ab wann Mutterschutz, Anspruch auf
Hebammenbetreuung, Kündigungsschutz ab der 12.
Woche, etc.).

50 In einer solchen Extremsituation ist es aber viel
verlangt, sich dieses Wissen ad hoc anzueignen und
daraufhin weitreichende Entscheidungen zu treffen.
Zumal es aufgrund von Fachkräftemangel und Pflege-
notstand in den Praxen und Kliniken oft nicht möglich
55 ist, eine umfassende und angemessene Aufklärung
zu gewährleisten.

Durch die Gesetzesinitiative für einen gestaffelten

Mutterschutz nach

60

Fehlgeburten „Leere Wiege = volle Arbeitskraft?“ hat das Thema derzeit medial eine große Aufmerksamkeit erlangt. So kann es mit tatkräftiger Unterstützung der Bundestagsfraktion sofort in Angriff genommen
65 und ein Gesetzentwurf eingebracht werden.

Wir möchten, dass das Thema Fehlgeburten von der gesamten Bundestagsfraktion unterstützt wird und wir wünschen uns Engagement für mehr Aufmerk-
70 samkeit, Aufklärung und politische Ansätze für das Thema Frauengesundheit und bitten um Zustimmung für diesen Antrag.

Da sich die Wahlperiode zu Ende neigt und Kompromisse in der Koalition immer schwieriger werden, ist
75 Eile geboten.

¹<https://www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/krankheitsfall-fehlzeiten-beschaeftigte-aok-100.html>